

► seinem Einkommen getilgt, im Falle dauerhaft unterdurchschnittlichen Einkommens müssen keine Tilgungsleistungen erbracht werden. Die Darlehenstilgung soll vom Fiskus mitverwaltet werden, der Verwaltungsaufwand kann knapp gehalten werden. Einnahmen für den Staat (Gebühren öS 20.000,- bis öS 30.000,-): zwischen öS 1,628 und öS 2,481 Mrd.

Variante 3: einkommens- abhängiges Darlehen, eingeschränkter Anspruch

Eine Kombination der beiden Modelle: Ein Darlehen erhalten nur die Studenten aus einkommensschwachen Haushalten, die restlichen Studenten (bzw. deren Eltern) müssen die Gebühren

während des Studiums bezahlen. Diese Variante führt zu „sofortigen und längerfristig zu den höchsten Einnahmen, birgt aber rechtliche Unsicherheiten und erfordert einen beträchtlichen Verwaltungsaufwand“. Die Einkommensgrenze der Eltern wurde bei öS 300.000,- bis 400.000,- pro Jahr angesetzt, damit ergeben sich sofortige Einnahmen zwischen öS 0,742 und öS 1,643 Mrd., nachhaltig zwischen öS 1,351 und öS 2,529 Mrd.

Diese Gebühr ist nicht leistungsabhängig, sondern ein Zuschlag zur Einkommenssteuer von Hochschulabsolventen. Es

entsteht zwar fast kein Verwaltungsaufwand, dafür „gehen hier alle erwünschten ordnungspolitischen Effekte von Stu-

Variante 4: Akademiker- steuer

diengebühren verloren“, ihre Höhe richtet sich ausschließlich nach der Einkommenshöhe, auch frühere Absolventen können aber so rückwirkend zur Beitragsleistung herangezogen werden. Einen Vorteil haben alle jene Langzeitstudenten, die ihr Studium dann doch nicht abschließen. Eine Modellrechnung war nicht möglich.



■ Dieter Lutzmayr

Die Aussage der internen Studie des Ministeriums zeigt klar, welches Studiengebührenmodell das Sinnvollste ist - wenn man Studiengebühren einführen will. Soll man das aber wollen?

Die Studie zeigt eindeutig: Das einzige sozial einigermaßen verträgliche Modell ist die Variante 2, also „Studiengebühren auf der Basis einkommensabhängiger Darlehensvarianten mit unbeschränktem Anspruch“, entsprechend etwa dem australischen Modell, wo nur jene Studierenden später ihr Darlehen zurückzahlen, die auch genug verdienen. Nur leider hat dieses Modell einen großen Haken - die Einnahmen kommen erst später. Ob sich das Ministerium wohl an diese eindeutige Empfehlung halten wird?

Die Aussage der Studie

Meine Meinung zur Studie

Warum nicht?

Zu überlegen, welches Modell denn nun das Beste sei, bedeutet vor allem eines:

Das eigentliche Problem

Man hat sich mit der Einführung von Studiengebühren abgefunden. Und genau hier liegt das eigentliche Problem: Studiengebühren können sinnvoll sein, wenn man dafür auch etwas Entsprechendes erhält, aber wie sieht es derzeit aus? Die Universität 1996 ist kein modernes Dienstleistungsunternehmen, sondern ein etwas verstaubter Beamtenapparat.

Man hat sich mit der Einführung von Studiengebühren abgefunden. Und genau hier liegt das eigentliche Problem:

Die Universität soll hier nicht schlecht gemacht werden, im Gegenteil: Speziell die TU Graz genießt einen hervorragenden Ruf, der hier nur bestätigt werden soll. Die gebotene Lehre und Forschung ist in vielen Bereichen Weltspitze, davon profitieren die Studierenden natürlich. Die Universität ist weder ersetzbar noch wertlos.

Was die Universität nicht ist

Es ist aber auch nicht alles perfekt. Auf der einen Seite gibt es noch immer eine ►

► ganze Menge Probleme mit Vortragenden, Prüfern, Prüfungsterminen, der

Was sie auch nicht ist

Notengebung, der Betreuung usw. Jeder kennt dafür Beispiele, und auch wenn man etwas Zeit dabei verliert, irgendetwas geht es schon. Das Wichtigste ist ja schließlich einerseits das, was man selber lernt, und andererseits eben auch der Studienabschluß. Der Studierende beugt sich dafür eben einigen geschriebenen und ungeschriebenen Gesetzen - flexible Lösungen sind fast immer vom guten Willen eines Professors oder der Verwaltung abhängig. Die Universität ist also kein Dienstleistungsunternehmen, dessen wichtigste Kunden einerseits die Studierenden, andererseits die Firmen sind, die an der Universität forschen lassen.

Warum kann der in diesen Zeiten bitter notwendige Schritt zu einer Öffnung und Liberalisierung nicht erfolgen?

Den passenden Rektor haben wir gewählt, die Studierenden haben einen Teil

Die Rolle des Ministeriums

der Mitsprache mit dem neuen Gesetz (UOG '93) zwar verloren, aber auch die Universität hat ja ein Interesse an den Studierenden, auch wenn das bei einigen Professoren nicht so scheint. Das Problem ist das Ministerium, das zwar immer von Autonomie spricht, aber doch immer das letzte Wort haben will und daher wirkliche freie Entscheidungen unmöglich macht. Solange ein zentralistisch-bürokratischer Apparat den Weg bestimmt, kann man das Ziel nicht erreichen.

Für den historisch gewachsenen, klassischen Beamtenapparat ist jetzt nicht mehr genug Geld da. Wie kommt man nun an

Die Gebühr

solches? Ganz einfach: Man nimmt die Unterlegenen des Systems, nämlich die Studierenden, die zwar eine Mitsprache haben, aber so

viel eben doch nicht und im Ministerium schon gar nicht, und gibt ihnen einen neuen Namen: Kunden. Damit ist aus der Sicht so mancher Entscheidungsträger schon der wichtigste Schritt zu einem marktwirtschaftlichen System getan: Der Kunde zahlt für eine Leistung, und wenn diese nicht paßt, dann sucht er sich eben einen anderen Anbieter. So einfach ist das, eine soziale Rechtfertigung für Studiengebühren ist dann schnell bei der Hand. Man spart sich das Nachdenken.0

Nehmen wir an, Studiengebühren werden eingeführt. Wer soll das Geld bekommen?

Die Idee von Kunde und Anbieter zeigt ganz klar: Der Anbieter natürlich. Und wie schaut es in der Praxis

aus? Das Ministerium wird das Geld einstreifen, die Aufwendung für die Universitäten wird trotzdem bei 1,1% des BIP bleiben. Dafür kann der Verteidigungsminister dann endlich neue Abfangjäger kaufen. Das ganze ist dann vielleicht sozial ausgeglichen, aber ob es im Sinne der Universitäten ist?

Es fehlt der politische Wille: Entweder, das System ist in Ordnung, dann braucht man auch keine neuen Gebühren und Gesetze einführen (und kein Ministerium, das

Der Schnitt

über solche Fragen nachdenkt). Oder man gibt zu, daß die bestehende Situation eben doch nicht optimal ist und arbeitet ein neues Modell aus. Dieses Modell sollte dann allerdings eine komplette Neuerung sein und nicht die Möglichkeit bieten, den alten, bereits stinkenden Käse zu übertragen. Aber es ist Mode, eine Loch auf / Loch zu -Politik zu betreiben, wo man gerade ein halbes Jahr in die Zukunft denkt, aber schon nach drei Monaten die ersten Verbesserungen anbringen muß.

Wenn das bestehende System verbessert wird, dann ist jeder vernünftige Mensch bereit, dies zu honorieren. In der Praxis

verschlechtert sich die Situation von Jahr zu Jahr, der Student soll plötzlich für die

Warum nicht? DESHALB:

Fehler der Vergangenheit büßen. Derzeit sind Studiengebühren absolut inakzeptabel,

wie sozial ausgewogen die Belastung auch sein mag. Als gelernter Österreicher kann man nicht darauf vertrauen, daß man zuerst zahlt und dann die Studiensituation verbessert wird. Also, liebes Ministerium: Setze jetzt die Schritte, die eine Ausbildung für das nächste Jahrtausend gewährleisten, dann kann man über alles diskutieren.

■ Dieter Lutzmayr

Studienrenden^e wettbewerb

Neuer Name für die Hochschülerschaft an der Technischen Universität Graz Ges.m.b.H.

Ausloberin: Hochschülerschaft an der Technischen Universität Graz Ges.m.b.H., vertreten durch die Geschäftsführerin Mag. Marianne Fuchsberger

Teilnehmer/innen: Teilnahmeberechtigt sind alle Studierenden der Grazer Hochschulen.

Wettbewerbsgegenstand: Kreation eines neuen Namens für die Hochschülerschaft an der Technischen Universität Graz Ges.m.b.H. Dieser neue Name soll ins Firmenbuch eingetragen sowie in den täglichen Geschäftsgebrauch übernommen werden.

Preis: 1 Warengutschein in der Höhe von öS 2.000,- einzulösen in der HTU-Graz Ges.m.b.H.

Termin: Einsende- bzw. Abgabetermin ist der 31. Oktober 1996

Wettbewerbsbedingungen: Die Ausloberin erwirbt mit der Prämierung das Recht, den vorgeschlagenen Namen für ihre Zwecke exklusiv zu verwenden.